

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

08.07.15

Wie zusätzlich sind die zusätzlichen Lehrkräfte im Koalitionsvertrag?

Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umfang handelt es sich bei den im Koalitionsvertrag aufgelisteten 200 zusätzlichen Stellen im Bereich Schule um eine haushaltsrelevante Aufstockung der bisherigen Gesamtplanzahl, und in welchem Umfang um eine interne Umschichtung vorhandener Kräfte bzw. Stellen?
2. Wird der Bildungsbereich künftig von der Vorgabe einer Personalentwicklungsquote (PEP-Quote) freigestellt, oder wenn nein, wie hoch ist der vorgegebene jährliche Personalabbau?
3. Wie viele Neueinstellungen von Lehrkräften müssen zum Schuljahr 2015/2016 in Bremen und Bremerhaven vorgenommen werden, um sowohl die Abgänge auszugleichen als auch die vorgesehene neue Gesamtplanzahl zu erreichen?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

2.

09.07.15

Verbleib der Schulabsolventinnen/Schulabsolventen 2014

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich der Verbleib der Absolventinnen/Absolventen (öffentliche und private Schulen) im Jahr 2014 in Bremen und Bremerhaven gestaltet?
2. Weshalb konnten die betreffenden Zahlen zum Plenum der Bremer Vereinbarungen im März 2015 noch nicht vorgelegt werden?
3. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass 2014 etwa 200 neue betriebliche Ausbildungsverhältnisse weniger begründet wurden als im Vorjahr, insbesondere im Licht der Ausbildungsgarantie?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

3.

10.07.15

Einführung einer „Heuschreckensteuer“ im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Ist es nach Auffassung des Senats möglich, den Grunderwerbsteuersatz nach Wert oder Bestandsgröße zu staffeln, so wie es z. B. in Österreich derzeit eingeführt wird, ohne dass zuvor das Grunderwerbsteuergesetz auf Bundesebene geändert wird?
2. Wie bewertet der Senat die Gefahr, dass Investoren, die Grundstücke zum Zwecke des Wohnungsneubaus erwerben, im Sinne des „einheitlichen Vertragswerks“ auch für die noch zu errichtenden Wohnungen „Heuschreckensteuer“ entrichten müssen?
3. Welche konkreten Schritte plant der Senat zu unternehmen, um das Ziel einer „Heuschreckensteuer“ zu realisieren?

Nelson Janßen, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

4.

14.07.15

Wie erfolgreich ist die Tuberkulose-Vorsorge in Bremen?

Wir fragen den Senat:

Wie viel Prozent der neuangekommenen Flüchtlinge wurden 2015 bisher geröntgt, um eine Tuberkulose-Erkrankung auszuschließen?

Wie stellt der Senat sicher, dass Flüchtlinge mit einer Überweisung auch tatsächlich untersucht werden?

Wie bewertet der Senat die Anschaffung eines mobilen Röntgenbusses, wie er derzeit vom Land Berlin eingesetzt wird?

Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5.

14.07.15

Zukunft der Exzellenzinitiative

Wir fragen den Senat:

Welchen Stand hat die Debatte zur Zukunft der Exzellenzinitiative, und wie sehen die Pläne für die Fortsetzung der drei Förderlinien konkret aus?

Inwieweit wird die Universität Bremen die Möglichkeit erhalten, sich für eine zweite Förderperiode zu bewerben?

Welche Haushaltsmittel werden nach Ansicht des Senats notwendig sein, um die Exzellenzinitiative auch über 2017 hinaus abzusichern?

Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU

6.

14.07.15

Hilfen zum Lebensunterhalt bei „umzuverteilenden“ Flüchtlingen

Wir fragen den Senat:

Wie viele Flüchtlinge legten 2013, 2014 und 2015 jeweils Widerspruch gegen ihre Umverteilung in andere Bundesländer ein?

Welche Leistungen erhalten Flüchtlinge in Bremen während des laufenden Widerspruchsverfahrens gegen die Umverteilung?

Warum wird die Auszahlung von Leistungen während dieser Zeit in den Sozialzentren unterschiedlich gehandhabt?

Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

7.

16.07.15

Mieterhöhungen durch die Deutsche Annington

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Sozialwohnungen (mietpreisgebundene Wohnungen mit Belegrecht/B-Schein-Wohnungen) hat die Deutsche Annington im Land Bremen im Bestand, und wann laufen diese Belegbindungen aus?

2. Wie will der Senat mit den durch Modernisierung und Instandsetzung entstehenden höheren Mietkosten für Bezieherinnen/Bezieher von Sozialleistungen im Rahmen der Kosten der Unterkunft umgehen?

3. Mit welchen Maßnahmen wird der Senat der durch die angekündigte Modernisierungsmieterhöhung zu befürchteten Verdrängung von Mietparteien, die keine Sozialleistungen erhalten oder Anspruch auf Wohngeld haben, entgegenwirken?

Susanne Wendland, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen